

Menschen oder Markt

Die Europawahl stellt Weichen

Die Wirtschafts- und Finanzkrise offenbart: Die marktradikale Ideologie ist gescheitert – weltweit, in Europa und auch hierzulande. Mit einer „sozialen Fortschrittsklausel“ in allen europäischen Grundlagenverträgen wollen die Gewerkschaften die EU auf den sozialen Fortschritt verpflichten. Welchen Kurs die EU künftig nimmt, dafür setzen die Europawahlen im Juni Weichen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt, dass Märkte nicht ohne Regeln bleiben dürfen. Darin sind sich fast alle einig – die Menschen, die Gewerkschaften und auch die Politik. In kaum einer Politikerrede fehlt heute ein Hinweis darauf. Doch Anspruch und Realität klaffen auseinander – auch in der europäischen Politik. Weder vom Rat noch von der Kommission gibt es derzeit ernstzunehmende Ansätze, eine konsequente Regulierung der Finanzmärkte zu beschließen und umzusetzen, geschweige denn einen wirksamen Schutz für die ArbeitnehmerInnen zu verabreden, damit sie die Lasten der Krise nicht allein tragen müssen.

Deregulierungspolitik beenden

Die Gewerkschaften fordern einen Politikwechsel, um in Zukunft Krisen zu verhindern, deren Zeche vor allem die ArbeitnehmerInnen zahlen. „Die EU muss jetzt die Kräfte bündeln, alle Instrumente auf die Krisenbewältigung ausrichten und die einseitige Deregulierungspolitik beenden, die Teil des Problems ist“, erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und ist sich mit allen europäischen Gewerkschaften einig: Europa hat nur eine Zukunft, wenn wirtschaftliche und soziale Integration Hand in Hand gehen.

Nicht erst seit Beginn der aktuellen Krise ist in Europa „die Balance zwischen sozialer Gestaltung und dem Ausbau des Binnenmarktes massiv gestört“,

stellt Sommer fest. Während der Binnenmarkt zunehmend an Konturen gewinnt, ist die soziale Gestaltung der EU ins Stocken geraten. Ob Entscheidungen im Rat, Gesetzesinitiativen der EU-Kommission oder die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH): Die einseitige wirtschaftspolitische Ausrichtung der EU-Politik hat die Deregulierung der Arbeitsmärkte beschleunigt. Besonders fatal wirken sich vier EuGH-Urteile zur EU-Entscheidungsrichtlinie aus jüngster Zeit aus, die Lohn- und Sozialdumping Tür und Tor öffnen. Der EuGH hat in diesen Urteilen nationale Schutzvorschriften für entsandte Arbeit-

nehmerInnen für europarechtswidrig erklärt, indem er schlicht die in der Richtlinie festgelegten Mindest-Schutzrechte in Maximalstandards umdeutete. Damit

wird die ursprüngliche Absicht der Richtlinie, Mitgliedstaaten, Unternehmen und Beschäftigte vor unfairem Wettbewerb zu schützen, ins Gegenteil verkehrt.

Vorrang für soziale Grundrechte

„Wir nehmen nicht hin, dass Arbeitnehmerrechte weiter hinter den Binnenmarktfreiheiten zurück stehen“, betont Sommer. „Wir brauchen einen Vorrang für Arbeitnehmerrechte – vor allem für das Streikrecht, die Tarifautonomie und die Koalitionsfreiheit.“ Seit einiger Zeit machen sich DGB und Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB) deshalb für eine „so-

ziale Fortschrittsklausel“ in den europäischen Grundlagenverträgen stark, die den Vorrang von sozialen Grundrechten vor den Binnenmarktfreiheiten garantiert. „Wir brauchen ein Europa, das für alle Bürgerinnen und Bürger und nicht nur für die Wirtschaft attraktiv ist.“, erklärt Sommer. Wie es die Parteien mit der sozialen Fortschrittsklausel halten, das ist für die Gewerkschaften auch der Lackmustest für die Europawahlen. Und die künftige EU-Kommission, die im Herbst gewählt wird, muss sich ebenso daran messen lassen. „Wer die Unterstützung der Gewerkschaften will, muss sich eindeutig bekennen.“

Die Gewerkschaften brauchen jetzt viele Mitstreiter für den sozialen Fortschritt. Anfang Mai legten DGB und SPD-Präsidium ein gemeinsames Positionspapier „für ein Europa des sozialen Fortschritts“ vor. DGB und SPD sind sich einig: „Im Konfliktfall“ müssen die sozialen Grundrechte Vorrang vor wirtschaftlichen Grundfreiheiten haben. Die Gewerkschaften laden auch die anderen Parteien ein, mit ihnen ebenfalls Verabredungen für eine „soziale Fortschrittsklausel“ zu treffen. „Es liegt jetzt an den Parteien, mit konkreten Verpflichtungen zu zeigen, wie ernst sie es mit dem sozialen Europa meinen“, betont Sommer. Auch in anderen EU-Ländern werden die Gewerkschaften ähnlich initiativ. Markt oder Menschen: Die Europawahl vom 4. bis 7. Juni kann deutliche Akzente für den künftigen Kurs der EU setzen.



Fünf gute Gründe, am 7. Juni wählen zu gehen

Es gibt viele Gründe, von seinem demokratischen Wahlrecht Gebrauch zu machen – auch bei den Europawahlen. Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), nennt fünf wichtige.

ERSTENS: Wir brauchen ein **Gegengewicht zur marktorientierten Mehrheit** in den EU-Institutionen. Weder vom EU-Rat noch von der Kommission ist in naher Zukunft ein Politikwechsel zu erwarten. Der ist aber bitter nötig. Die europäische Politik der letzten Jahre zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass soziale Standards vernachlässigt und Binnenmarktfreiheiten über alles gestellt wurden. Von keiner anderen EU-Institution als dem Europäischen Parlament (EP), dem **einzigsten direkt gewählten EU-Organ**, können wir derzeit Impulse für den sozialen Fortschritt in der EU erwarten.

ZWEITENS: Dass das EP durchaus willens und in der Lage ist, **nachhaltig Arbeitnehmerinteressen zu verteidigen**, hat es in der letzten Legislaturperiode immer wieder gezeigt. Von der Arbeitszeit über die Dienstleistungsrichtlinie bis zu den Europäischen Betriebsräten: Das EP hat den Abbau von Rechten verhindert und Verbesserungen in Sinne der Menschen durchgesetzt.

DRITTENS: Gerade in der Krise ist ein starkes EU-Parlament, das sich für das soziale Europa einsetzt, wichtiger denn je. Die Krise muss politisch gestaltet werden, wir können sie nicht „aussitzen“. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Wir brauchen internationale und **europäische Regulierungen der Finanzmärkte und soziale Mindeststandards**, der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss europaweit gelten.

VIERTENS: Je höher die Wahlbeteiligung ist, umso größer ist das Gewicht des **Europaparlamentes**. Das EP besitzt wichtige Mitentscheidungs-, Kontroll- und Informationsrechte. Durch die institutionellen Reformen der EU der letzten Jahre sind die Kompetenzen des EP gewachsen, auch wenn das vielen Bürgerinnen und Bürgern kaum bekannt ist. Wenn der Lissabon-Vertrag kommt, werden die Kompetenzen des EP weiter zunehmen.

FÜNFTENS: Jede Stimme für ein soziales Europa zählt!. Die ArbeitnehmerInnen und ihre Vertretung, die Gewerkschaften, brauchen verlässliche Bündnispartner für einen **Kurswechsel in der europäischen Politik**. Wir brauchen neue Mehrheiten in Europa. Deshalb müssen wir uns die Kandidatinnen und Kandidaten ganz genau darauf hin ansehen, ob und wie sie sich für soziale Grundrechte, für eine **soziale Fortschrittsklausel** stark machen und im Interesse aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa **Lohn- und Sozialdumping verhindern** wollen. Das Europäische Parlament ist die Vertretung aller Unionsbürgerinnen und -bürger. **Wer nicht wählt, verschenkt sein Recht auf Beteiligung**. Also: **Wählen gehen für einen Politikwechsel in der EU, für ein starkes Parlament und für ein soziales Europa!**



Sozialpakt für Europa

Schutzschirm für ArbeitnehmerInnen

Damit sich die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht zur sozialen Krise ausweitet, fordern die europäischen Gewerkschaften einen neuen Sozialpakt für Europa, der die Menschen schnell und nachhaltig schützt.

Dieser muss verbindliche Vorgaben für mehr und bessere Jobs und eine nachhaltige Sozialpolitik enthalten. Die soziale Fortschrittsklausel ist ihr zentraler Bestandteil und kann, verankert im europäischen Primärrecht, viel bewirken. So wäre die Kommission stärker als bisher dem Politikziel verpflichtet, die Lebens- und Ar-

beitsbedingungen der Menschen in der EU zu verbessern. Und EuGH-Urteile wie die jüngsten zur Entsenderichtlinie gehörten der Vergangenheit an.

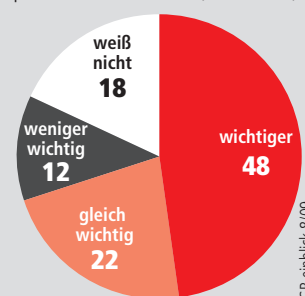
Handlungsbedarf sehen die Gewerkschaften auf vielen Politikfeldern. So sollte die Europäische Beschäftigungsstrategie künftig vor allem auf die Bewältigung der Krise ausgerichtet werden – mit sinnvollen arbeitspolitischen Maßnahmen wie „Kurzarbeit statt Entlassungen“ und einem „Schutzschirm für Ausbildungsplätze“. Ebenso muss das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ im Rahmen des Sozialpaktes europaweit durchgesetzt werden. Dazu bedarf es einer Revision der Entsenderichtlinie.

Der DGB begrüßt die bereits geplanten erleichterten Möglichkeiten, finanzielle Mittel für ergänzende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aus dem Europäischen Sozialfonds zu erhalten. Um noch effektiver schnelle Hilfe leisten zu können, muss auch der Globalisierungsfonds besser an die Herausforderungen der Krise angepasst werden.

Damit das für 2010 anstehende „Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung“ nicht zur Show-Veranstaltung wird, fordern die Gewerkschaften einen umfangreichen Aktions- und Finanzplan. Weitere wichtige Forderungen der Gewerkschaften sind außerdem eine bessere Finanzierung der So-

EU-Parlament: Mehr Einfluss erwünscht

Von den BürgerInnen der EU 27 gewünschte Bedeutung des Europäischen Parlaments (in Prozent)



Quelle: Infratest

© DGB einblick 8/09

Jeder Zweite EU-Bürger wünscht, dass das EU-Parlament künftig eine wichtigere Rolle einnimmt.

zialsysteme, um sie krisensicher zu machen, sowie eine nachhaltig gestaltete Industriepolitik und eine Innovations-Offensive für CO₂-arme Technologien.



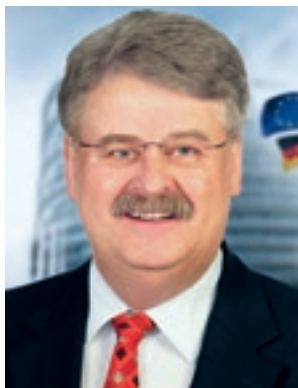
Kandidaten für das soziale Europa

„Blickpunkt Europa“ stellt KandidatInnen von verschiedenen Listen vor, die sich im neuen Europaparlament (EP) für Arbeitnehmerrechte stark machen wollen. In ihren Statements erklären sie, welche Schwerpunkte sie in der nächsten Legislaturperiode setzen wollen.

Soziale Marktwirtschaft als Leitbild

Elmar Brok, 62, gehört dem EP als Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP-ED) bereits seit 1980 an. Auch in Zukunft müsse das Leitbild der Politik die Soziale Marktwirtschaft bleiben, davon ist der CDU-Abgeordnete überzeugt. Sie verbinde wie kein anderes System wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Gerechtigkeit. Entsprechend hat er sich bereits in der Vergangenheit immer wieder für ein sozialeres Europa engagiert.

„Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise macht es einmal mehr deutlich: Was wir schaffen müssen, ist ein europäischer und globaler Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft. Durch die Setzung von europäischen und weltweiten Regeln und Standards müssen wir Lohndumping verhindern. In diesem Sinne setzte sich das EP in der laufenden Legislaturperiode etwa für die Einrichtung des Globalisierungsfonds, die Präzisierung der Zuständigkeiten des Europäischen Betriebsrates und die zusätzliche Altersversorgung durch Betriebsrenten ein. Ich bedauere sehr, dass bei den Verhandlungen zur Arbeitszeitrichtlinie die Position des EPs im Rat abgelehnt wurde: Denn auch hier hatte sich das EP gegenüber dem Kommissionsvorschlag für einen stärkeren Schutz der Arbeitnehmer eingesetzt.“



Mit Listenplatz 1 auf der nordrhein-westfälischen Landesliste der CDU zur Europawahl hat Elmar Brok allerbeste Aussichten, wieder ins Europaparlament einzuziehen. www.elmar-brok.de

Auch in der neuen Legislaturperiode wird das Hauptziel sein, mehr und qualitativ bessere Arbeitsplätze zu schaffen. Wir brauchen eine koordinierte Beschäftigungsstrategie der Mitgliedstaaten, unter anderem

durch eine bessere Abstimmung bei der Beschäftigungspolitik und bei den sozialpolitischen Rahmenbedingungen. An oberster Stelle werden nach wie vor höhere Schutzrechte für Arbeitnehmer bei Konkurs und Kurzarbeit sowie die Sicherheit am Arbeitsplatz und die Betonung sozialer Grundrechte stehen. Auch müssen wir uns um eine schnelle Ratifizierung des Lissabonner Vertrages bemühen, da dieser einen ersten Ausgleich zwischen den sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen ganz im Sinne der christlichen Soziallehre schafft.

Eine neue horizontale „Sozialklausel“ garantiert beispielsweise, dass die Union bei der Konzipierung und Umsetzung ihrer Politik ein „hohes Beschäftigungsniveau“ und einen „angemessenen Sozialschutz“ sowie ein „hohes Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung und des Gesundheitsschutzes“ gewährleistet.“

Gute Arbeit als Menschenrecht

Thomas Händel, 55, kandidiert für „Die Linke“ für das Europaparlament. Seit 22 Jahren ist er 1. Bevollmächtigter der IG Metall Fürth und gehört auch dem Präsidium des Beirats der IG Metall an. Im EU-Parlament will er sich für verbindliche und einklagbare soziale Grundrechte in Europa einsetzen.

„In den vergangenen Jahren haben wir in Europa erlebt, wie die Freiheit des Marktes über alle sozialen Grund- und Arbeitsrechte gestellt worden ist – mit fatalen Folgen. In einer der reichsten Perioden der europäischen Geschichte sind Ungleichheit, Armut und Ausgrenzung gewachsen. Darum steht für mich ein „Europa mit guter Arbeit“ als Menschenrecht an erster Stelle. Die Anpassung der Löhne nach unten muss ein Ende haben. Mindestlöhne von mindestens 60 Prozent des nationalen Lohndurchschnitts müssen eingeführt werden. Dem stetigen Anwachsen der Anzahl der unter prekären



Lebens- und Arbeitsbedingungen lebenden Menschen setzen wir das Leitbild einer solidarischen Gesellschaft entgegen. Dazu gehört zum Beispiel, die nach EU-Recht mögliche 60-Stunden-Woche drastisch zu reduzieren und Arbeitszeiten allgemein zu verkürzen. Das Primat der Politik über die Wirtschaft muss wieder hergestellt werden. Europa braucht eine demokratisch legitimierte EU-Verfassung. Frieden, Demokratie, Sozialstaat und nachhaltiges Wirtschaften müssen die Ziele eines „Europas in guter Verfassung“ sein. Ich will mich für eine Gesellschaft ohne Angst vor Arbeitslosigkeit, schlechter Gesundheitsversorgung, Armut im Alter und Krieg einsetzen.“

Lebens- und Arbeitsbedingungen lebenden Menschen setzen wir das Leitbild einer solidarischen Gesellschaft entgegen. Dazu gehört zum Beispiel, die nach EU-Recht mögliche 60-Stunden-Woche drastisch zu reduzieren und Arbeitszeiten allgemein zu verkürzen. Das Primat der Politik über die Wirtschaft muss wieder hergestellt werden. Europa braucht eine demokratisch legitimierte

Legitimierte EU-Verfassung. Frieden, Demokratie, Sozialstaat und nachhaltiges Wirtschaften müssen die Ziele eines „Europas in guter Verfassung“ sein. Ich will mich für eine Gesellschaft ohne Angst vor Arbeitslosigkeit, schlechter Gesundheitsversorgung, Armut im Alter und Krieg einsetzen.“



Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können

Bernd Lange, 53, Abteilungsleiter „Wirtschaft, Umwelt und Europa“ beim DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen/Anhalt, ist ein alter Hase in Sachen Europapolitik: Er gehörte bereits von 1994 bis 2004 dem EU-Parlament an. Lange ist überzeugt, dass es Zeit ist „für eine solidarische Erneuerung der Europäischen Union“.

„Im EU-Parlament werde ich mich für eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte einsetzen. Für mich steht fest: Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können – alles andere ist unwürdig, deshalb brauchen wir Mindestlöhne. Es muss klar sein, dass gleiche Arbeit am gleichen Ort auch gleich bezahlt wird. Nur starke europäische Betriebsräte ermöglichen Mitbestimmung am Wirtschaftsleben, auch das VW-Gesetz muss erhalten bleiben. Ich werde dazu beitragen, dass die Arbeitsplätze in der für Niedersachsen so wichtigen Automobilindustrie fit für die Zukunft gemacht werden. Zur Begrenzung der Klimaerwärmung möchte ich mehr für erneuerbare Energien und Energieeffizienz tun. Das schafft zukunftssichere Arbeitsplätze. Der Zugang zu einer guten Grundversorgung für alle muss gesichert sein. Deshalb trete ich für Sparkassen, Stadtwerke, ÖPNV und Wasserversorgung in kommunaler Verantwortung ein. Dass es ohne Europa nicht geht, ist angesichts der globalen Finanzkrise mehr als deutlich geworden. Ich setze mich ein für klare Finanzmarktregeln und gemeinsames wirtschaftspolitisches Handeln.“



Mit Platz 6 auf der SPD-Liste hat Bernd Lange sehr gute Chancen, ins EU-Parlament einzuziehen. www.bernd-lange.de

ohne Europa nicht geht, ist angesichts der globalen Finanzkrise mehr als deutlich geworden. Ich setze mich ein für klare Finanzmarktregeln und gemeinsames wirtschaftspolitisches Handeln.“

Für ein solidarisches und ökologisches Europa

Elisabeth Schroedter, 50, Pädagogin und Umweltberaterin, engagierte sich als Mitglied im Neuen Forum für die politische Wende in der ehemaligen DDR. Das Mitglied von Bündnis 90 / Die Grünen gehörte 1994 zu den ersten Ostdeutschen, die ins EP gewählt wurden. In zahlreichen Funktionen, ob im Beschäftigungs- und Sozialausschuss, als Berichterstatterin zur Entsenderichtlinie oder in den Verhandlungsdelegationen zur Europäischen Betriebsräte- und zur Arbeitszeitrichtlinie, hat sie immer wieder gezeigt, dass sozialer und ökologischer Fortschritt in der EU für sie Priorität haben.

„Es lohnt sich für ein solidarisches und ökologisches Europa zu kämpfen. Ich will der Europäischen Union ein sozialeres Gesicht

geben, damit sie wirklich eine Union der Bürgerinnen und Bürger wird. In der vergangenen Wahlperiode war mein Beitrag im Kampf



gegen Sozialdumping, gegen den Widerstand der neoliberalen Barroso-Kommission dafür zu sorgen, dass die Kontrollen auf den Baustellen nicht aufgeweicht werden. Damit wird sichergestellt, dass alle ArbeitnehmerInnen den vor Ort geltenden Mindestlohn ausgezahlt bekommen, unabhängig davon, ob sie aus Deutschland oder Polen kommen. Denn der Wettbewerb in der Europäischen Union darf kein Wettbewerb um den geringsten Lohn, sondern muss einer um die höchste Qualität sein. Ich will mich in einem neuen Mandat dafür einsetzen, dass mit einer besseren europäischen Gesetzgebung die EuGH-Urteile überwunden und das volle Streikrecht und die Tarifhoheit wieder hergestellt werden.“

gegen Sozialdumping, gegen den Widerstand der neoliberalen Barroso-Kommission dafür zu sorgen, dass die Kontrollen auf den Baustellen nicht aufgeweicht werden. Damit wird sichergestellt, dass alle ArbeitnehmerInnen den vor Ort geltenden Mindestlohn ausgezahlt bekommen, unabhängig davon, ob sie aus Deutschland oder Polen kommen. Denn der Wettbewerb in der Europäischen

Union darf kein Wettbewerb um den geringsten Lohn, sondern muss einer um die höchste Qualität sein. Ich will mich in einem neuen Mandat dafür einsetzen, dass mit einer besseren europäischen Gesetzgebung die EuGH-Urteile überwunden und das volle Streikrecht und die Tarifhoheit wieder hergestellt werden.“

Für mehr Arbeitsplätze und gute Arbeit

Jutta Steinruck, 46, Vorsitzende der DGB-Region Vorder- und Südpfalz, kennt das politische Geschäft von der Pike auf. Die alleinerziehende Mutter ist in zahlreichen Verbänden ehrenamtlich. Seit 1999 sitzt sie im Stadtrat von Ludwigshafen, seit 2006 ist sie SPD-Landtagsabgeordnete in Rheinland-Pfalz.

„Als Sozialpolitikerin und Gewerkschafterin setze ich mich für mehr Arbeitsplätze und gute Arbeit ein. Dazu gehört auch, dass die Chancengleichheit in Bildung, Arbeit, Beruf und Gesellschaft weiter ausgebaut wird. Die Verbundenheit zu meiner Heimat, mein ehrenamtliches Engagement und meine beruflichen Erfahrungen haben mich geprägt. Sie haben mir gezeigt, dass es sich lohnt, sich für die Menschen einzusetzen. Und dass man gemeinsam mit Gleichgesinnten viel bewegen kann.“



Die Aussichten von Jutta Steinruck, gewählt zu werden, sind mit Platz 7 auf der Bundesliste der SPD hervorragend. www.jutta-steinruck.de

Ich werde mich in Brüssel und Straßburg einsetzen für sichere, gesunde und anständig bezahlte Arbeitsplätze in Europa. Ich werde für die Gleichstellungsbelange von Frauen, insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, arbeiten. Und ich werde mich für die bessere Integration von Minderheiten in der Europäischen Union stark machen.“



Europawahlen 2009

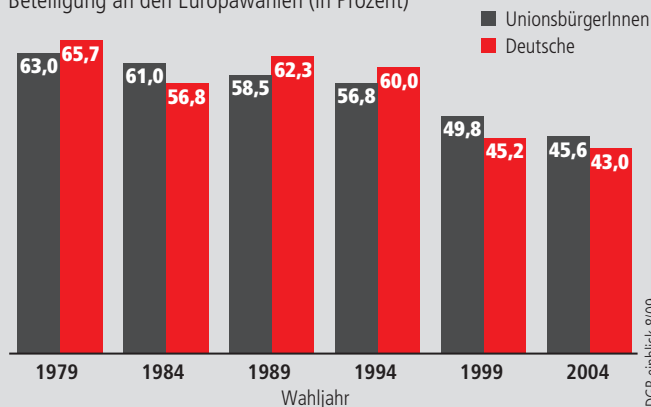
Infos & News

Die Qual der Wahl: Die Stimmzettel zur Europawahl sind lang – fast einen Meter. 1196 KandidatInnen auf 32 Listen bewerben sich um die 99 von 736 Sitzen, die im Europäischen Parlament von Deutschland als bevölkerungsreichstem Land in der EU besetzt werden. Zu den Bewerbern um die Gunst der WählerInnen gehören neben den im Bundestag vertretenen Parteien auch eine ganze Reihe Exoten – von den Bibeltreuen Christen und der Piratenpartei über die „Violetten“ bis hin zu den „Newropeans“. **+++ Wahlberechtigt** ist jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger, die/der am Wahltag mindestens 18 Jahre alt ist und den Wohnsitz seit mehr als drei Monaten in der EU hat. Rund 500 Millionen BürgerInnen aus den 27 EU-Staaten entscheiden vom 4. bis zum 7. Juni über die Zusammensetzung des neuen Parlaments. Neben den rund 62,2 Millionen Wahlberechtigten mit deutschem Pass können auch die in Deutschland lebenden BürgerInnen anderer EU-Mitgliedstaaten – rund 2,1 Millionen Menschen – bei der Europawahl die deutschen Abgeordneten wählen. Voraussetzung: Sie sind in ein deutsches Wählerverzeichnis eingetragen. Das müssen sie in der Gemeinde, in der sie wohnen, bis zum 17. Mai 2009 beantragen. Eine Ausnahme gilt für UnionsbürgerInnen, die bereits bei der Europawahl 2004 in das Wählerverzeichnis eingetragen waren und seitdem nicht gestrichen wurden. Infos und Antragsformular gibt es bei der Gemeindebehörde des Wohnorts und unter www.bundeswahlleiter.de. **+++ Europa setzt Normen – auch sozialpolitisch.** Mehr als 60 europäische Richtlinien, insbesondere in den Bereichen Sicherheit und Gesundheitsschutz, Gleichstellung, Übergang von Unternehmen sowie Unterrichtung und Anhörung, sichern europaweit Mindestbedingungen für Arbeitnehmerrechte und

-schutz. Doch in letzter Zeit sind grundlegende Richtlinien, die europaweit neue Standards setzen, immer seltener geworden. Ausnahmen sind etwa die Antidiskriminierungsvorschriften sowie die Richtlinie zur Leiharbeit. **+++ 60 Stunden arbeiten** wäre vielleicht schon die Regel, wenn nicht das EU-Parlament den Versuch der EU-Mitgliedstaaten vereitelt hätte, die Arbeitszeitrichtlinie zu verschlechtern. Ein bisher einmaliger Akt auf EU-Ebene: Erstmals sollte ein bereits bestehender sozialer Besitzstand verschlechtert werden. Weil sie den inaktiven Teil von Bereitschaftsdiensten nicht auf die Arbeitszeit anrechneten, hatte der Europäische Gerichtshof zuvor einige Länder kritisiert. Statt das zu lassen, versuchten die Mitgliedstaaten einfach, die Arbeitszeitrichtlinie zu ändern. Die europaweiten Proteste der Gewerkschaften dagegen hatten Erfolg. Das EU-Parlament lehnte diese Verschlechterung mit großer Mehrheit ab. Nachdem sich Europaparlament und EU-Ministerrat auf keinen Kompromiss einigen konnten, gilt nun die alte Richtlinie weiter. Zwar konnte eine weitere Verschlechterung verhindert werden, aber der Handlungsbedarf bleibt bestehen. Denn auch die bisherige Richtlinie hat es in sich. Sie lässt es zu, dass unter gewissen Voraussetzungen von der durchschnittlichen Wochenhöchstleistungszeit von 48 Stunden abgewichen werden kann. Viele Mitgliedstaaten nutzen diese Ausnahmeregelung bereits. **+++ Die Europa-Distanz wächst.** Sichtbares Zeichen für den Frust: Die ohnehin schon geringe Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europaparlament sinkt beständig. Auch hierzulande: Beteiligten sich 1994 noch über 60 Prozent aller Deutschen an den Europaparlament-Wahlen, waren es vor fünf Jahren nur noch 43 Prozent. Dabei ist es das Europaparlament, das als einzige EU-Institution in Zeiten neoliberaler Mehrheiten in Europa immer Arbeitnehmerinteressen vertritt und den Abbau von Rechten verhindert. **+++ Von der Dienstleistungsrichtlinie über die Arbeitszeit bis zu den Europäischen Betriebsräten:** In der Vergangenheit hat das Europäische Parlament immer wieder bestimmten Vorhaben von Kommission und Rat einen Riegel vorgeschoben und Korrekturen im Sinne der ArbeitnehmerInnen in die europäischen Gesetzesvorhaben eingebracht. So verabschiedete das EU-Parlament auch als Reaktion auf die EuGH-Urteile (siehe Seite 1), die den Marktfreiheiten Vorrang vor den sozialen Grundrechten einräumen, den Initiativbericht „Herausforderungen für Tarifverträge in der EU“, der nicht nur die problematischen Effekte der EuGH-Urteile benennt, sondern auch fordert, dass eine Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten durch die Grundfreiheiten verhindert werden muss. **+++ Eine geringe Wahlbeteiligung schwächt das EP,** eine hohe stärkt seinen Stellenwert und auch das soziale Europa. DGB und Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB) rufen deshalb alle WählerInnen auf, am 7. Juni von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Bereits im Dezember 2008 hat der DGB seine Positionen zur Europawahl beschlossen, im Mittelpunkt steht dabei – wie auch beim EGB-Manifest zur Europawahl – die Forderung nach der sozialen Fortschrittsklausel. **MEHR: www.dgb.de**

Immer weniger wählen

Beteiligung an den Europawahlen (in Prozent)



Quelle: Bundeswahlleiter

© DGB einblick 8/09

Seit Jahren sinkt die Beteiligung an den Europawahlen kontinuierlich.



Tipps & Themen

Reader zur Europawahl: Der DGB-Bereich Europapolitik hat einen Reader mit Hintergrundmaterial – mit Positionen, Dokumentationen, Redebausteinen, Musterartikeln und vielem mehr – zusammengestellt. Gewerkschaftsbeschäftigte finden ihn auf der gemeinsamen Aktionsplattform der Gewerkschaften. **INFOS:** steffi.vogel@dgb.de

Blickpunkt Europa, der E-Mail-Newsletter des DGB-Bereichs Europapolitik, informiert kurz, präzise und verständlich über für ArbeitnehmerInnen wichtige Entwicklungen in der Europapolitik und europapolitische Positionen und Aktivitäten des DGB. **BESTELLUNGEN:** www.dgb.de/newsletter/europapolitik/

Rechtzeitig vor den Europawahlen hat Christa Randzio-Plath, von 1989 bis 2004 Abgeordnete im Europäischen Parlament (EP), das Buch „Mehr Demokratie in Europa wagen“ herausgegeben. Das Buch soll der Wahlmüdigkeit der EU-BürgerInnen entgegenwirken und zeigen: Nie war es so wichtig wie heute, das EP mit einer hohen Wahlbeteiligung zu stärken. Prominente AutorInnen stel-

Demonstrationen europaweit

Mit europaweiten Aktionstagen vom 14. bis 16. Mai wollen die europäischen Gewerkschaften ein deutliches Zeichen dafür setzen, dass Leidtragende der Krise nicht die ArbeitnehmerInnen sein dürfen. Unter dem Motto „Die Krise bekämpfen – die Verursacher müssen zahlen“, rufen DGB und EGB im Rahmen der Aktionstage zu einer Demonstration am 16. Mai in Berlin auf. „Die Politik muss endlich dafür sorgen, dass die Menschen wieder im Mittelpunkt stehen“, heißt es im gemeinsamen Aufruf von DGB und EGB. Weitere Großdemonstrationen finden am 14. Mai in Madrid, am 15. Mai in Brüssel und am 16. Mai in Prag statt. Mehr: www.dgb.de



len anhand verschiedener Themen die besondere Rolle des EP innerhalb der EU-Politik und den künftigen Handlungsbedarf dar. So befasst sich der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in seinem Beitrag mit der Europäischen Sozialpolitik und schlussfolgert: „Die Zeit ist reif für einen Politikwechsel!“ (Berlin 2009, Vorwärts Buch, 196 S., 14,95 Euro)

Europawahl im Internet: Zahlreiche Internetseiten bieten hilfreiche Informationen zur Europawahl. „Blickpunkt Europa“ stellt empfehlenswerte Seiten vor:

www.predict09.eu prognostiziert den Ausgang der anstehenden EP-Wahlen. Interessant: Die Tendenzen in den einzelnen Mitgliedsstaaten. www.europaeische-bewegung.de möchte überparteilich die europäische Integration in Deutschland unterstützen. Die Seite informiert über Veranstaltungen, Termine und News zu Europathemen.

www.wahlen-europa.de bietet im Wikipedia-Format Infos zu KandidatInnen aus Deutschland für das EU-Parlament. Inklusive: Wahlprogramme und Kampagnen.

www.europarl.de/export/europawahl/Startseite_Europawahl.html: Seite des EU-Parlaments mit Informationen und Tipps zur Wahl. Interaktiv: Online-Games, um sich spielerisch zu informieren.

www.euprofiler.eu: Wahl-O-mat für die EU-Wahl. Umfassende Analyse-möglichkeiten zur Frage: Welche Partei passt zu mir?

www.kandidatenwatch.de/eu_wahlen-129-0.html Online die KandidatInnen aus Deutschland befragen. Wer für den eigenen Wohnort zuständig ist, erfährt man durch Eingabe der Postleitzahl.

<http://wahlen2009.dgb-sachsen.de> und <http://europawahl.berlin-brandenburg.dgb.de/> Internetangebot des DGB Sachsen bzw. des DGB Berlin-Brandenburg zur EU-Wahl. Mit Porträts der regionalen KandidatInnen, wichtigen Terminen im Vorfeld der Wahl und den Positionen der Gewerkschaften.

IMPRESSUM Herausgeber: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Bundesvorstand, Bereich Europapolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Internet: www.dgb.de **Bereichsleiterin:** Gabriele Bischoff (v.i.S.d.P.), E-Mail: europa@dgb.de

Redaktion und Koordination: Anne Graef, DGB-Infoservice einblick – Graewis Verlag GmbH, Wallstr. 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088240, E-Mail: a.graef@einblick.info **Layout:** zang design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen, Düsseldorf **Fotos:** Werner Bachmeier, Franka Bruns/DGB, CDU, DGB, EU-Parlament, Anne Graef, MEV Verlag GmbH, Schroedter, Jürgen Seidel, **Druck:** BWH, Hannover

7. Juni : Europawahl

www.europaeische-bewegung.de

Entscheidend!

„Damit Arbeitnehmerrechte gestärkt werden. Am 7. Juni 2009 wählen gehen.“



Claus Matecki,
DGB-Vorstandsmitglied

Eine gemeinsame Kampagne der Mitgliedsorganisationen
im Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland